

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonntags. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prämium.

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 12.

Halle, Sonnabend, den 28. October.

1848.

Inhalt: Oesterreichs Wirren. (Erster Artikel.) — Zur Charakteristik der demokrat. Zeitung. — Verhandlungen des Konstit. Bürgervereins am 25. Octbr. — Anzeigen.

Die österreichischen Wirren.

(Erster Artikel.)

Zwar hat das Bürgerblatt in seiner Nr. vom 21. October bereits einen Artikel über „Oesterreichs Lage“ gebracht; die Wichtigkeit der Sache wird aber noch einem zweiten, welcher vorzugsweise auf die geographisch-nationalen Verhältnisse, wie auf den Zusammenhang der letzten Revolution mit der Geschichte der letzten Jahre einzugehen bestimmt ist, ein paar Worte gestatten.

Kein Reich der Welt, welches eine zusammenhängende Ländermasse bildet, birgt in seinem Schooße so viele verschiedene und so bunt durch einander gewürfelte Völkerstämme, als der österreichische Kaiserstaat. Dieses Verhältniß an sich würde keine Gefahr für das Bestehen des Staates in sich schließen, wenn eine von diesen Nationen durch Bildung, Zahl, Reichthum u. s. w. die unbedingte Herrschaft über die anderen ausübte, und wenn nicht die verschiedenen Stämme und Ländergebiete sich in einer höchst verschiedenen Stellung zu dem gemeinsamen Mittelpunkte, dem Kaiser in Wien, sich befänden, welcher bis auf die letzte Zeit hier ein absoluter, dort ein konstitutioneller Herrscher war, in Deutschland nichtdeutsche, außer Deutschland deutsche Truppen hatte, dort Etwas erlaubte, was er hier bestrafte. Von den 36 bis 37 Millionen der österreichischen Gesamtbevölkerung gehören etwa 8 dem Deutschen, 5 der magyarischen, 2½ der walachischen, 16 der slawischen, 2 der polnischen, 5 der italienischen Nationalität an, und diese einzelnen Stämme sind wiederum in sich gespalten nach den Konfessionen, deren Gegensätze jetzt glücklicher Weise in den Hintergrund treten, um die Verwirrung nicht noch unlöslicher zu machen. Jede dieser Nationen ist, entweder für sich oder mit einer anderen verbunden, stark genug, um sich von einer dritten nicht unterdrücken zu lassen. So lange Metternich am Steuerruder saß, und die neueste Revolution das Gelüste nationaler Unabhängigkeit noch nicht

aus seinem Schlummer wach gerufen hatte, gelang es dem Hofe zu Wien, durch ein starkes Beamtenheer, durch Censur und Polizei, so wie durch anderes Flichtwerk, und wo es sein konnte, mit Kanonenkugeln die leeren Stellen zu verstopfen. Wenn man in dieser Zeit von der deutschen, als von der vorherrschenden Nation spricht, so können damit höchstens die deutsche amtliche Sprache und die vom Hofe abhängigen deutschen Beamten in den Ländern des deutschen Bundes, zum Theil auch in Galizien und Italien gemeint sein, während in Ungarn die Magyaren auch für die verbundenen drei Königreiche (Dalmatien, Kroatien, Slavonien) mehr und mehr das große Wort an sich rissen. Wir können nicht behaupten, daß der Hof bis zu den Märztagen vorzugsweise einer Nation seine Gunst zugewendet hätte; und wenn er in dem Kampfe der Ungarn mit den Slawen meist auf der Seite der letzteren stand, so hatte er nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht, den Unterdrückten eine Hülfe zu gewähren. Man muß es Metternich nachsagen, daß er, freilich auf Grund der sehr verschiedenen politischen Verhältnisse zu dem Hofe, die gleiche Berechtigung der Nationen aufrecht zu erhalten suchte. Durch die neuesten Ereignisse aber wurde die Hofpartei aus dieser im Ganzen neutralen Stellung heraus und wesentlich auf die slawische Seite hinübergeworfen.

In Ungarn sind es namentlich seit den letzten 8 Jahren die Magyaren gewesen, welche unaufhörliche Opposition machten und ein Zugeständniß nach dem anderen dem Kaiser abzurufen suchten, so daß dieser genöthigt war, außer der ihm ergebenden Majorität der Magyaren und der Prälaten an der ersten Tafel so wie der Beamten eine kräftige Stütze zu suchen. Er fand oder hatte sie natürlicher Weise schon einestheils an den, freilich sehr wenig zahlreichen und von den Magyaren meist mit Geringschätzung behandelten Deutschen, anderentheils an den weit zahlreicheren Slawen. Da revoltirten (am 13. März zum ersten Male) die Wiener, d. h. die Repräsentanten der Deutschen, und fanden in dieser Opposition, wenigstens einseitigen, Bundesgenossen an den

gleichfalls revoltirenden Italienern (18. März) und Magyaren. Gegen diese Feinde mußte der Hof ein Gegengewicht in die Waagschale legen. Es war kein anderes und besseres zu finden, als die vorzugsweise slawische Militärmacht, namentlich das Schwert der treuen Kroaten. Kroaten sind es vorzugsweise gewesen, welche Mailand wieder eroberten; Kroaten zogen unter Jellatschitsch gegen Pesth, und dann, höchst wahrscheinlich durch den Hof gerufen, gegen Wien. Die Czechen in Böhmen, dem slawischen Stamme angehörend, lehnten sich zwar schon seit etwa 1844, wo die Opposition mehr noch einen sprachlichen literarischen Charakter trug, gegen das von Wien ausgehende und damals noch kaiserliche Deutschthum auf, und Windischgrätz unterdrückte, zum größten Theil durch czechische Soldaten, den unsinnigen Aufstand (im Juni), der nur gemacht schien, damit Prag auch einmal Barrikaden sähe; zwar versammelte sich kurz zuvor aus Opposition gegen den Gesammtreichstag zu Wien ein Slawencongrès in Prag, welcher Oesterreich in ein Slawenreich verwandeln wollte, und der Gouverneur von Böhmen, Graf Leo Thun, stellte dem Wiener Ministerium im Namen des Kaisers eine provisorische Regierung entgegen; allein diese czechische Bewegung, an welcher viel Adel deutscher Nation sich betheiligte, in vielen Fällen aus Furcht vor seinen czechischen Gutsunterthanen, war im Grunde nicht sowohl gegen den Kaiser, als vielmehr gegen die Wiener Demokratie, die Feindin der Hof- und Adelspartei, gerichtet. Die böhmische Aristokratie benutzte dazu den czechischen Pöbel und war im Grunde nicht eben erzürnt, als sie durch Windischgrätz von diesem Bundesgenossen sich befreit sah. Einen guten Antheil an diesen Vorgängen hat die alte Eifersucht Prag's, welches längst mit neidischem Auge auf das deutsche Wien geblickt hatte. Man benutzte czechischer Seits die Spannung zwischen Wien und dem Kaiser: man sagte ihm, daß Wien und das dortige, unter dem Einflusse des Sicherheitsausschusses stehende Ministerium ihn zu Concessionen gezwungen habe; man lud den flüchtigen Mann zu sich ein, und hoffte jetzt um so mehr, ihn zum Oberhaupte eines Slawenreiches zu machen.

Der Kaiser wurde zwar auch nach Pesth, wo man damals noch nicht in dem engen Kartell mit Wien stand und eine Hilfe gegen die Südslawen haben wollte, eingeladen, und ging nach Wien zurück; als er aber zum zweiten Male die Burg seiner Väter verlassen mußte, wandte er sich nach dem Norden, zu seinen Czechen, wo zugleich Rußlands helfender Arm näher ist. Auch die vorher so treuen deutschen Tiroler waren durch die fanatischen Geistlichen, welche den vom Kaiser unterzeichneten und der Hofpartei abgenöthigten Erlaß für die Gleichstellung der Nichtkatholiken mit den Katholiken als seelenverderblich auschrien, gegen den Kaiser mißtrauisch gemacht worden. Dazu kam, daß auch die Nowaken in Nordungarn, durch Zuzüge aus Mähren und Böhmen unterstützt, gegen die Magyaren auftraten, die galizischen

Bauern, selbst polnischer Nation, durch den vom Kaiser ausgehenden Erlaß der Roboten (Dienstleistungen an den grundherrlichen Adel) günstig gestimmt waren, und die Ruthenen (slawische Kleinrussen) ebendasselbst, welche den Polen an Zahl überlegen sind, sich wiederholt in Adressen für den Kaiser ansprachen. — Aus dieser Wendung der Dinge, welche wir nur kurz haben charakterisiren können, erklärt sich hinlänglich, warum der Kaiser, d. h. die kaiserliche Familie und die Partei der Beamten und Adelsaristokratie, sich entschieden den Slawen in die Arme geworfen hat, um durch sie die feindlichen, und, wir wollen es uns nicht verhehlen, die wühlerischen Elemente, welche wir von den wahrhaft demokratischen, in dem Wiener Reichstage vertretenen, wohl zu unterscheiden wissen, zu zügeln.

Was die Bevölkerungsstatistik der zum deutschen Bunde gehörenden Länder Oesterreichs betrifft, so sind die Angaben hierüber sehr verschieden. Ein Artikel der Magd. Zeitung berechnete die Zahl der Deutschen auf die Höhe von nahe 6 Millionen, die der Slawen auf etwas über 5 Millionen. Diese Summen sind zu niedrig; man kommt der Wirklichkeit weit näher, wenn man ungefähr 7 Millionen Deutsche und 6 bis 7 Millionen Slawen (davon in Böhmen, Mähren und Schlesien etwa 5 Millionen) annimmt.

Basemann.

Zur Charakteristik der demokrat. Zeitung.

(Fortsetzung.)

Diesmal sollen die Widersprüche angedeutet werden, in denen die Demokraten befangen sind. Anfangs riefen sie: Kein stehendes Heer, um Ausgaben zu sparen, sondern allgemeine Volksbewaffnung! Nieder mit der Soldateska! Später luden sie dieselbe Soldateska zu Verbrüderungsfeiern ein, versprachen ihr Erhöhung des Soldes und Avancement. Als das Parlament zu Frankfurt sich für den dänischen Krieg entschied, stimmten die Demokraten jubelnd bei und verehrten im Parlament die Souveränität des Volkes; sowie aber der Waffenstillstand gebilligt wurde, erklärten sich dieselben Demokraten gegen das „volksfeindliche“ Parlament, verlangten neue Wahlen, erkannten in demselben Athemzuge aber die Linke an, welche doch aus denselben Wahlen hervorgegangen ist. Den Regierungen gegenüber verlangten die Demokraten Unterwerfung der einzelnen deutschen Staaten unter die Souveränität des Parlaments; als die Centralgewalt aber ihre Macht gebrauchte, um die Wühlerereien der Demokraten zu unterdrücken, so forderten dieselben Demokraten Selbständigkeit der einzelnen Regierungen gegenüber der Centralgewalt. Spricht sich in diesen Widersprüchen nicht klar die Absicht der Demokraten aus, Anarchie unter dem Namen der Demokratie und der Souveränität des Volks einzuführen?

In einem grellen Widerspruch mit sich ist außerdem die hiesige demokrat. Zeitung durch Duncker's „Be-

richtigung“ gerathen, welche Rawald zu bekämpfen unternommen hat. Duncker schickte der demokratischen Zeitung einen geharnischten Aufsatz gegen einen Artikel derselben, welcher auch den todtten Lichnowsky noch lästerte, obgleich das Sprichwort sagt, daß man über Todte nur Gutes reden soll. Natürlich nahm die Zeitung der „Freiheit und Gerechtigkeit“ ihn nicht auf und er erschien nun im Bürgerblatt und Courier. Um einen Grund zur Abweisung zu haben, gab Rawald vor, einestheils könne Dunckers Berichtigung, ebenso irrtümlich sein als die Angabe des Correspondenten der demokr. Zeitung, anderentheils erlaube die Drohung, das „Arrogante und Unangemessene“ des Dunckerischen Briefes die Aufnahme nicht. — Das Nichtigste dieser Scheingründe liegt auf der Hand. Erstens ist Duncker als Ehrenmann bekannt und hat sich in jener Berichtigung ausdrücklich als „Deputirter“ unterzeichnet, mithin muß man entweder ihn für einen Lügner erklären, oder seine Berichtigung aufnehmen. Zweitens führt Duncker Thatsachen an, giebt also eine factische Berichtigung. Drittens hat Duncker den Verf. des Artikel der demokr. Zeitung „einen Lügner, Verleumder und Schurken“ genannt, es war also Ehrensache der demokr. Zeitung, entweder ihren unbekanntem Correspondenten zu nennen, oder die Nichtigkeit ihres Artikels zu beweisen, dadurch aber, daß sie die Dunckersche Berichtigung nicht aufgenommen hat, ladet sie den Vorwurf der Ehrlosigkeit und Feigheit auf sich, wie denn auch der von ihr so oft gepriesene Rütenik den öffentlich ausgesprochenen Vorwurf, daß er ein „feiger ehrloser Schurke sei“, ruhig hat auf sich sitzen lassen. Wie kann man es aber „unangemessen“ finden, daß Duncker Aufnahme seines Artikels verlangt, da er gegen „Schurken“ kämpft? Soll man solche Leute mit Glaceehandschuh anfassien? Obgleich nun Rawald beim demokr. Zweckessen am 15. Octbr. einen Toast „auf die Freiheit, Einigkeit und Brüderlichkeit, die sie (die Demokraten) auch an ihren Gegnern üben wollen“, ausgebracht und mit gesperrter Schrift hat drucken lassen, so hat er sich doch nicht entblödet, Duncker nicht nur die Freiheit, die Wahrheit zu sagen und ehrenhafte Todte vor Beschimpfung zu schützen, entzogen, sondern hat sich auch unterstanden, Dunckers Zuschrift an den angegriffenen Correspondenten zu senden. Seit wann ist dies erlaubt? Dies ist Willkür. Die Berichtigung mußte an Duncker zurückgesandt werden, sie ist nicht Eigenthum Rawalds, er kann darüber nicht nach Belieben verfügen. Die demokr. Zeitung hat nichts gethan, ihren Correspondenten zu rechtfertigen, sie hat es nicht gewagt, seinen Namen zu nennen, statt dessen hat sie Dunckers Wahrheitsliebe und Ehrenhaftigkeit in Zweifel gezogen. Ich fordere sie hiermit auf, da sie die Ehre unsres hochgeachteten Deputirten angetastet hat, entweder die Wahrheit ihres Artikels nachzuweisen, oder die Verantwortlichkeit und mit ihr die Schande desselben auf sich zu nehmen!

Aber die demokr. Ztg. hat sich nicht damit begnügt, einen Schurken in Schutz zu nehmen, dagegen die Zuverlässig-

keit unsres Deputirten zu verdächtigen und dessen Brief zu mißbrauchen; sie ist sogar so dreist gewesen, dem Bürgerblatt die Ausnahme ihrer Ablehnungsgründe zuzumuthen. Dieselbe Zeitung, welcher Duncker's „Berichtigung“, die auf Thatsachen beruht, schnöde abwies, verlangt, daß das Bürgerblatt ihre Gründe aufnehmen soll, die nur, wie oben gezeigt ist, nichtsägendes Gerede und leere Ausflüchte sind. Ja sie ist in ihrer Verblendung noch weiter gegangen, sie fordert die Aufnahme ihrer Ablehnung als „Pflicht der Gerechtigkeit“; denn sie sagt: „Das Bürgerblatt entbehrt der Gerechtigkeit, welcher es Pflicht ist, dem Gegner Raum zu seiner Rechtfertigung zu geben, weshalb das Bürgerblatt wohl nur als parteiliches Schmäbblatt zu betrachten ist.“ Also Duncker, die Ehre des so niederrüchtig geschmähten Lichnowsky haben keinen Anspruch auf „Gerechtigkeit“, denen gönnt die demokratische Zeitung keinen „Raum zur Rechtfertigung“! Wenn sie also Duncker's Berichtigung zurückweist, so glaubt sie ganz in ihrem Rechte zu sein; aber wenn das Bürgerblatt die sophistische Entschuldigung der Ungerechtigkeit der demokr. Zeitung abweist, so klagt sie über Ungerechtigkeit. Diese Begriffsverwirrung, dieser Mangel an Gerechtigkeitsfönn kann nicht auffallen, wenn man an die Petersberger Vorfälle denkt. Die demokr. Zeitung hat unzählige Mal geifert gegen die Polizei, welche die Souveränität des Volks beschränkte. Als aber „das souveräne Volk“ die Herren Demokraten, die trotz des gesetzlichen Verbots bewaffnet zur Volksversammlung kamen, für diesen Uebermuth züchtigte, beschwerte sich dieselbe demokr. Zeitung über den Landrath v. Bassowitz, daß er nicht energisch genug eingeschritten sei, um die Demokraten gegen „die rohe Gewalt“ zu schützen. Dies verlangt dieselbe Zeitung, welche vor einigen Wochen so wüthend dagegen sprach, daß die Centralgewalt das Frankfurter Parlament gegen „rohe Gewalt“, ja gegen Meuchelmord schützt.

Wenn daher das Bürgerblatt deswegen, weil es Rawalds vorgebliche Rechtfertigung nicht ausnahm, ein parteiliches Schmäbblatt genannt wird, so mag dies geschehen, wir werden uns dadurch in unsern Grundsätzen nicht irren lassen. Parteilich ist das Bürgerblatt allerdings, da es Partei für Gesetz, Ordnung, Ehre, Freiheit und Wahrheit nimmt gegen Anarchie, Wühlerei, Schande, Willkür und Lüge. Und wenn es etwa deshalb ein Schmäbblatt heißt, weil es Dunckers Berichtigung abdruckte, so hat es sich damit den Dank aller Gutesinnigen erworben. Das Ding beim rechten Namen nennen, ist noch nicht schmäben; auch kann man nur dann von Schmäben reden, wenn man Duncker's Berichtigung widerlegt und die absichtliche falsche Darstellung desselben nachweist. Man soll aber da wo Gründe fehlen, nicht das Ansehen eines Märtyrers annehmen und durch dreiste Behauptungen um die Hauptsache herumgehen. Die demokr. Zeitung hat bis jetzt den „Lügner, Verleumder und Schurken“ auf sich sitzen lassen; ich bitte sie daher im Namen ihrer eignen

Ehre, sich durch die reine, schlichte Wahrheit der That-
sachen zu rechtfertigen. Körner.

(Wird fortgesetzt.)

Verhandlungen des Konstitutionellen Bür- gervereins zu Halle am 25. October.

In die Listen des Vereins haben sich bereits gegen
500 Mitglieder zeichnen lassen. Zuerst wurden die Wahl-
zettel des Vorstandes gesammelt, denen zu Folge gewählt
sind: Fuhse (166 Stimmen), Hasemann (143), Körner u.
Gödecke (123), Gärtner (119), Jacob (111), Heckert (104),
Götsch (99), Belze (80), Borsdorf (67), Friedrich I.
(63), und Leibbibl. Wolf (58); Stellvertreter sind Dr.
Wolf (51), Heise (50), Stengel (48), Wucherer (42) und
Barnition (39).

Einem Antrage zu Folge, welcher im Fragekasten ge-
funden und von Hrn. Gärtner unterstützt wurde, soll die
Waisenhäuser Buchhandlung gebeten werden, die stecenge-
bliebene Fortsetzung der Halle'schen Chronik wieder aufzu-
nehmen und zu beschleunigen, obschon Hr. Wucherer kei-
nen Erfolg erwartet. Die Einrichtung eines Patrouillen-
dienstes der Bürgerwehr für den Winter zur Sicherheit der
Stadt und Unterstützung der Polizei wurde von Hrn. Schu-
mann beantragt und einstimmig angenommen. Dieser Be-
schluß wird dem Stabe zu weiterer Erwägung vorgelegt.

— Hr. Jacob zeigte, nachdem er das Verderbliche der
Glückspiele nachgewiesen und sich für das einstweilige Fort-
setzen der Staatslotterie ausgesprochen hatte, daß die Lot-
terien der Gewerbetreibenden nachtheilig wirken, so daß sie
nur in besonderen Fällen rathsam sein dürften, weil sie
keine dauernde Aushilfe gewähren. Aehnlich sprach sich
ein längerer Aufsatz des Fragekastens aus, welcher nur sol-
che Güterverlosungen empfahl, von denen auswärtige Waa-
ren ausgeschlossen bleiben und die Verlosung selbst durch
gesetzliche Bestimmungen kontrollirt wird. Hr. Fuhse
machte hierbei noch auf den Schaden aufmerksam, welche
Verlosungen dem Unternehmer bringen, falls er nicht alle
Loose absetzt. Hr. Heise rechtfertigte hierauf das Verfah-
ren des Magistrats bei der Verlosung der vereinigten Tisch-
ler, wogegen Hr. Schönemann durch Angabe der Ver-
losungsart derselben bewies, daß die Controlle der Ver-
losung durch etliche unparteiische Tischlermeister und Bür-
ger unter den obwaltenden Verhältnissen genügen kann. —
Hierauf beantragt Hr. Gärtner die Gründung einer An-
stalt zur Bereitung wohlfeiler Speisen. Da die armen Fa-
milien weder Zeit haben zur Bereitung der Speisen, noch
bei ihren kleinen Einkäufen der Feuerung und der Spira-
ren wohlfeil kaufen können, so sei für den Winter eine An-
stalt, in welcher für sechs Pfennige ein Quart guter
Sveifen geliefert wird, gewiß eine Wohlthat. Hr. Fuhse
unterstützte den Antrag und rechnete dabei auf Unterstützung
der Bemittelten. Hr. Thiele forderte zur Unterstützung
in warmer Bereitschaft auf und verwies auf die Erfah-
rung, die er in Gisleben mit einer solchen Anstalt gemacht
hatte. Auch dürfe man auf Naturallieferungen der Defo-

nommen der Umgegend rechnen. Hr. Jacob verlangte, daß
in den Vorstand der Anstalt auch Mitglieder der ärmeren
Klasse gewählt werden sollten, um etwaige Vorurtheile um
so leichter zu beseitigen. Hierzu fügte Hr. Wucherer den
Wunsch, an die Spitze des Unternehmens ein männliches
Comité zu stellen, und bemerkte zugleich, daß zum Fond
für die erste Einrichtung der Rest Kapital benutzt werden
könne, welcher von der Suppenanstalt übrig geblieben sei.
Da der Antrag einstimmig angenommen wurde, so wählte
man als Commission, welche bestimmte Vorlagen zu Grün-
dung der Anstalt machen soll, die Herren Fürstenberg,
Thiele, Wucherer, Fritsch (Kaufm.), Jacob und
Heckert. — Ein Antrag des Hrn. Baag über die Her-
stellung einer deutschen Militärpost mit Bezug auf seinen
in der Dienstagnummer des Bürgerblatts gelieferten Arti-
kel ward dahin erledigt, daß der Magistrat bereits durch
jenen Artikel Anlaß genommen hat, an den Deputirten
Dunker die Bitte zu richten, in der Nationalversammlung
zu Frankfurt dahin zu wirken, daß das preussische, in Ba-
den stehende Militär dieselben Vortheile der Portotaren ge-
nieße, welche ihm in Preußen bewilligt sind. — Für die
nächste Versammlung wurden als Gegenstände der Bespre-
chung gemeldet die Gemeindeordnung und die Roggensteuer.
— Die Exemplare der Gemeindeordnung waren bereits
vertheilt und sind in der Heynemann'schen Verlags-
handlung noch käuflich, das Stück zu 1 Sgr.

Fr. Körner.

Konstitutioneller Verein des Saalkreises.

Mittwoch den 2. Novbr. Nachmittags 2 Uhr
Sitzung in der Weintraube zu Siebichenstein.

Tagesordnung:

- 1) Petition an die preussische Nationalversammlung, betreffend
den Schutz der, einem kleinen Theile der Berliner Bevölkerung
mühseligen Abgeordneten gegen Insulten und Mißhandlungen.
- 2) Besprechung der bisherigen Beschlüsse der Nationalversamm-
lung in Beziehung auf den Verfassungsentwurf und den zu-
nächst zur Verathung kommenden Bestimmungen dieses Ent-
wurfs.

Der Vorstand.

Konstitutioneller Club zu Halle.

Sonnabend den 28. October 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends
ordentliche Sitzung im Lokale des Kühlenbrunnens.

Tagesordnung:

- 1) Bericht über die jüngsten Verhandlungen der Nationalver-
sammlung zu Berlin.
- 2) Die neue Gemeindeordnung.

Der Vorstand.

Von heute an hat meine Theilnahme an der Re-
daction des Konstitutionellen Bürgerblattes aufgehört.
Halle, den 27. October 1848.

Dr. Ed. Saxe.

Konstitutionelles Bürgerblatt

für Stadt und Land.

Erscheint wöchentl. drei Mal,
Dienstag, Donnerstag und
Sonnabend. Bestellungen
nehmen alle Buchhandlungen
u. Postanstalten an. Prämium:

Preis für Halle 7½ Sgr.
für's Vierteljahr; bei den
Postanstalten und im Buch-
handel 10 Sgr.

Herausgegeben

von

J. Hasemann, Fr. Körner und Dr. Wolf.

Neue Folge No. 12.

Halle, Sonnabend, den 28. October.

1848.

Inhalt: Oesterreichs Wirren. (Erster Artikel.) — Zur Charakteristik der demokrat. Zeitung. — Verhandlungen des Konstit. Bürgervereins am 25. Octbr. — Anzeigen.

Die österreichischen Wirren.

(Erster Artikel.)

Zwar hat das Bürgerblatt in seiner Nr. vom 21. October bereits einen Artikel über „Oesterreichs Lage“ gebracht; die Wichtigkeit der Sache wird aber noch einem zweiten, welcher vorzugsweise auf die geographisch-nationalen Verhältnisse, wie auf den Zusammenhang der letzten Revolution mit der Geschichte der letzten Jahre einzugehen bestimmt ist, ein paar Worte gestatten.

Kein Reich der Welt, welches eine zusammenhängende Ländermasse bildet, birgt in seinem Schooße so viele verschiedene und so bunt durch einander gewürfelte Völkerstämme, als der österreichische Kaiserstaat. Dieses Verhältniß an sich würde keine Gefahr für das Bestehen des Staates in sich schließen, wenn eine von diesen Nationen durch Bildung, Zahl, Reichthum u. s. w. die unbedingte Herrschaft über die anderen ausübte, und wenn nicht die verschiedenen Stämme und Ländergebiete sich in einer höchst verschiedenen Stellung zu dem gemeinsamen Mittelpunkte, dem Kaiser in Wien, sich befänden, welcher bis auf die letzte Zeit hier ein absoluter, dort ein konstitutioneller Herrscher war, in Deutschland nichtdeutsche, außer Deutschland deutsche Truppen hatte, dort etwas erlaubte, was er hier bestrafte. Von den 36 bis 37 Millionen der österreichischen Gesamtbevölkerung gehören etwa 8 dem Deutschen, 5 der magyarischen, 2½ der walachischen, 16 der slawischen, 2 der polnischen, 5 der italienischen Nationalität an, und diese einzelnen Stämme sind wiederum in sich gespalten nach den Konfessionen, deren Gegensätze jetzt glücklicher Weise in den Hintergrund treten, um die Verwirrung nicht noch unlöslicher zu machen. Jede dieser Nationen ist, entweder für sich oder mit einer anderen verbunden, stark genug, um sich von einer dritten nicht unterdrücken zu lassen. So lange Metternich am Steuerruder saß, und die neueste Revolution das Gelüste nationaler Unabhängigkeit noch nicht

aus seinem Schlummer wach gerufen hatte, gelang es dem Hofe zu Wien, durch ein starkes Beamtenheer, durch Censur und Polizei, so wie durch anderes Flichtwerk, und wo es sein konnte, mit Kanonenkugeln die lecken Stellen zu verstopfen. Wenn man in dieser Zeit von der deutschen, als von der vorherrschenden Nation spricht, so können damit höchstens die deutsche amtliche Sprache und die vom Hofe abhängigen deutschen Beamten in den Ländern des deutschen Bundes, zum Theil auch in Galizien und Italien gemeint sein, während in Ungarn die Magyaren auch für die verbundenen drei Königreiche (Dalmatien, Kroatien, Slavonien) mehr und mehr das große Wort an sich rissen. Wir können nicht behaupten, daß der Hof bis zu den Märztagen vorzugsweise einer Nation seine Gunst zugewendet hätte; und wenn er in dem Kampfe der Ungarn mit den Slawen meist auf der Seite der letzteren stand, so hatte er nicht bloß das Recht, sondern auch die Macht, zu verlangen, daß er eine Hülfe zu gewähren nachsagen, daß er, freilich den politischen Verhältnissen entsprechend, die Berechtigung der Nationen durch die neuesten Ereignisse aus dieser im Ganzen nebensächlich auf die slawische Seite zu verschieben.

In Ungarn sind es die Magyaren, welche seit den Jahren die Magyaren gewöhnlich machten und einreden dem Kaiser abzurufen thig war, außer der ihm anhängen und der Prälaten und Beamten eine kräftige Stellung hatte sie natürlicher Weise sehr wenig zahlreichen mit Geringschätzung behandelt an den weit zahlreicheren 13. März zum ersten Male präsentanten der Deutschen position, wenigstens einfluß

